

Rede von Anette Henssler (Attac Berlin) und Stephan Lindner
(Koordinierungskreis Attac Deutschland) am 19.11.2022 vor der
russischen Botschaft anlässlich des Aktionstags *Stoppt das Töten in der
Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung!*

Es ist Krieg. Krieg in Europa.

Vor nahezu 9 Monaten überfiel die Russische Föderation das Nachbarland Ukraine. In weniger als 2 Wochen erwartete Präsident Putin Sieg und Unterwerfung der ukrainischen Nation. Russland eskalierte damit einen verbrecherischen Angriffskrieg weiter, der bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Unterstützung bewaffneter Separatisten im Donbass begonnen hatte.

Dieser Krieg ist ein Bruch des Völkerrechts und ein Verbrechen, so wie alle Angriffskriege verbrecherisch sind.

Das Recht der Völker war und ist auf Seiten des Überfallenen.

Die belorussische Studentin Valeria Dele formulierte es so:

„Es geht nicht nur um ein Land im Sinne von Territorien; Land ist ein geistiger Raum in dem du die Ordnung durchsetzt, die dir passt.“

Es gilt das Recht auf Selbstverteidigung. Dazu gehört auch die Entgegennahme von militärischer Hilfe.

Bei Attac gibt es unterschiedliche Positionen in Bezug auf Waffenlieferungen von deutscher Seite, einig sind wir uns in der Forderung nach Verhandlungen zur Beendigung des Krieges.

Schon im Jahr 2014 kostete der kriegerische Konflikt im Donbass viele Tote und Verwundete. Schon damals war die Diplomatie gefragt. Sie hat auf allen Seiten versagt.

Das Leid der Menschen in der Ukraine hält unvermindert an. Es gibt zehntausende Tote, hunderttausende Verletzte, Millionen Geflüchtete. Für den kommenden Winter zielt der Aggressor auf die Zivilbevölkerung durch komplette Zerstörung der Infrastruktur. Den Menschen droht tot durch Erfrieren.

Dieser Krieg liegt auch nicht im Interesse der russischen Bevölkerung, aus deren Reihen ihre Söhne und Väter an die Front geschickt werden.

Die Verantwortlichen für diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gehören als Kriegsverbrecher auf die Anklagebank des internationalen Strafgerichtshofs.

So wie alle Kriegsverbrecher auf die Anklagebank gehören.

Es darf keine Einseitigkeit und Doppelmoral geben.

Das gilt auch für die Kriege der NATO in Jugoslawien und Afghanistan und die Kriege der US-geführten Koalitionen im Irak und Libyen.

Wir fordern von der deutschen Regierung sich für die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege einzusetzen, daran gekoppelt sollte die Aufhebung von Sanktionen sein.

Wir fordern von der deutschen Regierung, den Deserteuren und Kriegsdienstverweigern aller Seiten Asyl anzubieten.

Unsere Solidarität gehört der Friedensbewegung in Russland

Russland kann sich diesen Krieg nur leisten, weil es große Profite aus dem Verkauf von Öl und Gas verdient. Wer deshalb dieser Art von Kriegen den Boden entziehen will, der muss auch das Verbrennen fossiler Rohstoffe beenden.

Das Militär verschlingt ungeheure Ressourcen und sorgt mit Manövern und laufenden Kriegen für immense Emissionen.

Diese Schadstoffe bedeuten permanent einen Großangriff auf unsere globalen Lebensbedingungen.

Unsere Zukunft muss gerichtet sein auf zunächst eine europäische und darüber hinaus auf eine Weltfriedensordnung.

Nur durch Kooperation kann die größte Herausforderung gemeistert werden, die Klimakatastrophe zu verhindern und das Überleben der Menschheit zu sichern.

Wir protestieren auch dagegen, dass die Bundesregierung den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine zum Vorwand nimmt, ein 100 Mrd. Euro teures Rüstungspaket zu schnüren, durch das Deutschland zu einer der größten Militärmächte der Welt aufsteigen soll. Diese Thematik soll allerdings im Mittelpunkt einer zweiten Kundgebung stehen, die wir nach dieser Kundgebung auf dem Pariser Platz abhalten wollen.